



Per E-Mail: IIB1@bmj.bund.de

Bundesministerium der Justiz
11015 Berlin

Bundesleitung

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Telefon 030.4081-41 01
Telefax 030.4081-41 99
Bundesleitung@dbb.de
www.dbb.de

25. August 2023

Stab/Ra-sk
Durchwahl: 5070

Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts

Sehr geehrte Damen und Herren,

der dbb beamtenbund und tarifunion bedankt sich für die Übersendung des Referentenentwurfs und gibt folgende Stellungnahme ab:

Das Völkerstrafrecht hat sowohl international als auch national zunehmend an Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat dies mehr als verdeutlicht und die Notwendigkeit der Fortentwicklung des Völkerstrafrechts aufgezeigt.

Der dbb beamtenbund und tarifunion unterstützt daher das Ziel der Bundesregierung, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das Völkerstrafrecht fortzuentwickeln und Strafbarkeitslücken zu schließen und Opferrechte zu stärken. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund relevant, als sich das seit nunmehr über 20 Jahren bestehende Völkerstrafgesetzbuch bewährt hat.

Der dbb begrüßt insbesondere die vorgenommenen Ergänzungen zum besseren Schutz von Gewaltopfern gerade was die Tatbestandsalternative der sexuellen Sklaverei, das Tatbestandsmerkmal des Gefangenhaltens einer unter Anwendung von Zwang geschwängerten Frau sowie des erzwungenen Schwangerschaftsabbruchs als besonderen Schutz von Frauen betrifft.

Der Schutz der Frauen hat für die Bundesrepublik Deutschland oberste Priorität gerade und insbesondere in einer globalisierten Welt und des sich in einigen Staaten abzeichnenden oder bereits vollzogenen Systemwechsels mit veränderten Weltanschauungen und Rollenverständnissen. Unabhängig von der bestehenden Regierung und der religiösen Weltanschauung ist es Aufgabe der Völkergemeinschaft, jeglichen Verstoß gegen die körperliche Unversehrtheit zu ahnden.

Angesichts der zunehmenden Gewalt und Brutalität in einzelnen Ländern sowie zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, bei denen Frauen das Recht zu eigenständigen Entscheidungen abgesprochen wird oder bei denen diese sogar als Machtinstrument eingesetzt werden, ist der vorliegende Entwurf das richtige Signal, um die eindeutige und unmissverständliche Verurteilung des Handelns einzelner aber auch ganzer Staaten zum Ausdruck zu bringen und mit der völkerrechtlichen Verurteilung zu sanktionieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'U.' followed by a large, cursive 'S' that loops back to the left.

Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender